Bayerns Bauministerin zu geplantem Heizkostenzuschuss des Bundes

12. Januar 2022

- **Einmaliger Heizkostenzuschuss im Wohngeld geht Bauministerin Schreyer nicht weit genug**
- **Dauerhafte Entlastung der Bürgerinnen und Bürger nötig**
- **Schreyer: „Bundesregierung muss Gesamtlösung angehen“**

Die Bundesregierung sieht in ihrem Koalitionsvertrag die Zahlung eines einmaligen Heizkostenzuschusses im Wohngeld vor. Damit soll der starke Anstieg der Energiekosten abgefedert werden. Bayerns Bauministerin Kerstin Schreyer geht eine solche Einmalzahlung aber nicht weit genug. Sie fordert eine dauerhafte Entlastung der Bürgerinnen und Bürger: „Um die steigenden Energiekosten und die mit energetischen Sanierungen verbundenen höheren Wohnkosten auf Dauer abzufedern, ist ein einmaliger Heizkostenzuschuss bei Weitem nicht ausreichend“, so die Ministerin. „Die Bürgerinnen und Bürger brauchen mehr als ein Trostpflaster. Wir brauchen hier keine hektischen Hauruckaktionen, sondern eine grundsätzliche Reform!“

Staatsministerin Schreyer sieht das Thema als Daueraufgabe, die sich nicht mit einer einmaligen Zahlung lösen lässt. „Die Energiekosten steigen und steigen und die Lücke im Geldbeutel der Menschen wird immer größer“, so die Ministerin. „Das ist insbesondere für einkommensschwächere Haushalte eine große Belastung. Das Wohngeld muss deshalb über diesen einmaligen Zuschuss hinaus entsprechend weiterentwickelt werden.“

Wichtig ist Schreyer in diesem Zusammenhang auch, die Einführung der vom Bund schon lange geplanten Klimakomponente voranzutreiben, um Wohngeldempfänger auch beim Bezug und dem Verbleib in energetisch sanierten Wohnungen zu unterstützen. „Bayern hat sich in der Vergangenheit bereits mehrfach für eine Stärkung des Wohngelds ausgesprochen, um einkommensschwächere Haushalte gezielt zu entlasten“, betont Schreyer. „Das Thema steigende Energiepreise und höhere Wohnkosten nach Sanierungen muss die neue Bundesregierung zügig im Rahmen einer Gesamtlösung angehen.“

Pressemitteilung auf der Seite des Herausgebers